



Datum: 09.06.2026

Pressemitteilung

71. Kreisvorstandskonferenz des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt am 8. Juni 2026: Im Mittelpunkt standen die Erwartungen der Städte, Gemeinden und Verbandsgemeinden an Landtag und Landesregierung der 9. Legislaturperiode

Magdeburg, 9. Juni 2026 – Vor dem Hintergrund der Landtagswahl am 6. September 2026 stand die 71. Kreisvorstandskonferenz des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt (SGSA) am 8. Juni 2026 unter dem Motto „**Kommunale Perspektiven für die kommende Legislaturperiode**“. Ziel der Veranstaltung war es, den Dialog zwischen kommunaler Ebene und Landespolitik zu intensivieren und für aktuelle sowie künftige Herausforderung zu sensibilisieren. Hierzu brachten die Städte, Gemeinden und Verbandsgemeinden im Stadthaus der Stadt Halle (Saale) gegenüber den anwesenden Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten sowie den derzeit im Landtag vertretenen Parteien ihre Erwartungen an Landtag und Landesregierung der 9. Legislaturperiode zum Ausdruck.

In seiner Eröffnungsrede machte Andreas Dittmann, Präsident des SGSA, deutlich, dass das Motto der Kreisvorstandskonferenz ganz bewusst mindestens zwei Blickrichtungen eröffne: die Erwartungen und Befürchtungen der Städte, Gemeinden und Verbandsgemeinden gegenüber der kommenden Wahlperiode einerseits und die Frage, mit welcher kommunalpolitischen Agenda die Landespolitik auf diese blicke andererseits. Zugleich betonte er, dass der Austausch vor der Wahl bewusst gesucht wird, auch wenn Aussagen vor einer Wahl und das spätere politische Handeln nicht immer deckungsgleich seien.

Dass mit dem Ministerpräsidenten, Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten sowie zahlreichen Landtagsabgeordneten und weiteren Vertretern der Landesregierung sowie anderer Institutionen Vertreter der Landespolitik und institutioneller Träger in großer Zahl an der Konferenz teilnahmen, ist ein wichtiges Signal für die Wertschätzung der kommunalen Ebene. Gleichzeitig formulierte der Präsident des SGSA aber auch eine klare Erwartung an die Landesebene: „*Kommunale Belange, insbesondere Stellungnahmen dürften nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern müssen in politischen Entscheidungen ernsthaft aufgegriffen werden.*“

Ausgangspunkt des Austausches im Rahmen der Kreisvorstandskonferenz bildete das Erwartungspapier des SGSA „**Erwartungen an Landtag und Landesregierung der 9. Wahlperiode**“. Darin unterstreichen die Städte, Gemeinden und Verbandsgemeinden ihre Rolle als Rückgrat des öffentlichen Lebens vor Ort und als unmittelbarer Zugang der Bürgerinnen und Bürger zum Staat. Gefordert wird ein nachhaltiges Miteinander von Land und Kommunen, eine auskömmliche Finanzierung sowie flexible, ortsnahe Lösungen statt übermäßiger Zentralisierung.

Angesichts stagnierender Einnahmen, steigender Ausgaben und wachsender struktureller Haushaltsdefizite verweisen die Städte, Gemeinden und Verbandsgemeinden dabei auf einen erheblichen Handlungsdruck. Für 2026 wird bundesweit ein kommunales Haushaltsdefizit von 32 Milliarden Euro erwartet. Dies machte auch der Oberbürgermeister der Stadt Halle (Saale), Herr Dr. Vogt, in seinem Grußwort als Gastgeber für die 71. Kreisvorstandskonferenz deutlich.

Bereits im Vorfeld der Kreisvorstandskonferenz hatten die Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten sowie die Fraktionen der aktuell im Landtag vertretenen Parteien das Erwartungspapier mit der Bitte um Stellungnahme übermittelt bekommen. Einige ließen sich schriftlich zu dem Erwartungspapier ein. Diese Einlassungen sowie die Statements der anwesenden Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten bzw. der aktuell im Landtag vertretenen Parteien dienten als inhaltliche Basis der Diskussion.

In der Debatte wurde deutlich, dass die Parteien in vielen Grundsatzfragen ein Problembewusstsein für die Lage der kommunalen Ebene erkennen lassen. Breite Zustimmung besteht etwa zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, zur frühzeitigen Beteiligung kommunaler Spitzenverbände an Gesetzgebungsverfahren, zu praxistauglicheren Verwaltungsabläufen und zu einer engeren Zusammenarbeit von Land und kommunaler Ebene.

Unterschiede bestehen jedoch weiterhin bei der konkreten Ausgestaltung der kommunalen Finanzierung, bei möglichen Entschuldungsinstrumenten, bei der Tiefe des Bürokratieabbaus sowie bei der Frage, wie verbindlich Beteiligung und Konnexität künftig abgesichert werden sollen.

Aus Sicht des SGSA kommt es nun darauf an, dass aus den Positionierungen konkrete politische Konsequenzen folgen. Die Städte, Gemeinden und Verbandsgemeinden erwarten insbesondere eine verlässliche Einnahmehbasis, eine aufgabengerechte Gegenfinanzierung neuer oder erweiterter Aufgaben, weniger kleinteilige Förderlogiken, realistische Standards, eine partnerschaftliche Aufsicht und digitale Lösungen, die auch für kleinere Verwaltungen tatsächlich umsetzbar sind.

Die 71. Kreisvorstandskonferenz hat damit ein klares Signal gesetzt: Die Städte, Gemeinden und Verbandsgemeinden in Sachsen-Anhalt sind sich ihrer Verantwortung um die aktive Mitgestaltung der Zukunft des Landes bewusst. Dafür müssen sie jedoch als **echte politische Partner** behandelt werden – nicht nur im Wahlkampf, sondern auch im Regierungshandeln der kommenden Legislaturperiode.

Das Erwartungspapier des SGSA „**Erwartungen an Landtag und Landesregierung der 9. Wahlperiode**“ liegt der Pressemitteilung anbei.